

Eine Gesundheitspolitik für den Menschen!

Es ist an der Zeit, in der Gesundheitspolitik wieder den Menschen ins Zentrum zu stellen. Die SP60+ unterstützt die Strategie des Bundesrats, fordert aber einen konsequenteren Abbau der sozialen Ungleichheit im Gesundheitswesen sowie den Zugang für alle zu notwendigen Leistungen unabhängig ihrer gesundheitlichen und ökonomischen Situation. Dafür braucht es eine transparente und gesicherte Pflegefinanzierung und genügend qualifiziertes Pflegepersonal.

Den Menschen in den Mittelpunkt! Nach langen Jahren der Dominanz ökonomischer Rezepte und Vermarktungs-Strategien bleiben die Kernprobleme im Gesundheitswesen immer noch ungelöst. Gesundheitskosten und Prämien steigen weiterhin ungebremst, bei der Spitzenmedizin findet ein kostspieliger Wettlauf statt, Krankenkassen liefern sich einen Konkurrenzkampf um die «besten» Risiken, und für weite Bevölkerungskreise bleibt der Zugang zu notwendigen Gesundheitsleistungen unbezahlbar. Es ist nun an der Zeit, dass die Gesundheitspolitik wieder den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Soziale Ungleichheit abbauen! Die bereits seit dem Altertum bekannten gesundheitlichen Unterschiede zwischen den sozialen Klassen gibt es leider auch heute noch in der reichen Schweiz. Wer höhere Bildung und besseres Einkommen aufweist, ist gesünder und lebt länger. Für diejenigen aber, deren Lebens- und Arbeitsbedingungen zu gesundheitlichen Schäden führen, gestaltet sich die Integration in die Gesellschaft und die Arbeitswelt zunehmend schwieriger. Die SP60+ erwartet von der Politik eine koordinierte Strategie zum Abbau dieser krankmachenden gesellschaftlichen Faktoren!

Unsägliche Trennung von Pflege- und Betreuungskosten aufheben! Im Abstimmungskampf zur Einführung des KVG wurde immer wieder betont, dass pflegebedürftige Menschen den gleichen Anspruch auf Leistungen für ihre Pflege hätten wie akut erkrankte Menschen, und niemand auf Sozialhilfe angewiesen wäre. Davon sind wir heute weit entfernt und dies ist inakzeptabel! Das heutige Finanzierungssystem ist zu vereinfachen und die Trennung zwischen Pflege und Betreuungskosten aufzuheben. Die Würde der Menschen, die von Alters- oder Invaliditätspflege betroffen sind, kann nur gewahrt werden, wenn soziale und pflegerische Leistungen gemeinsam von der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und der öffentlichen Hand getragen werden. Eine gesonderte Pflegeversicherung, wie sie von gewissen Kreisen gefordert wird, lehnt die SP 60+ entschieden ab. Sie ist ein weiterer Schritt Richtung Entsolidarisierung der Gesellschaft.

Wer pflegt hat Anspruch auf angemessene Entschädigung. Unter dem grassierenden Spardruck der öffentlichen Hand bleibt Qualität von Pflege und Betreuung auf der Strecke. Gesundheitsökonomie auf dem Buckel der Pflegenden geht nicht! Dabei darf die unverzichtbare Arbeit der pflegenden Angehörigen nicht vergessen werden. Auch sie haben Anspruch auf Anerkennung ihrer Leistung sowohl im monetären wie auch im gesellschaftlichen Bereich. Nur gemeinsam können Qualität der Pflege und Würde der Pflegebedürftigen langfristig gewährleistet werden.